

Sehmer, Julian

Kommunale Armutsbekämpfung und die Revitalisierung von Bündnissen gegen Armut. Bedingungen und Selbstverständnisse der Reklamation kommunaler Zuständigkeit für die Adressierung der Ursachen und Folgen von Armut

Soziale Passagen 17 (2025) 2, S. 383-404



Quellenangabe/ Reference:

Sehmer, Julian: Kommunale Armutsbekämpfung und die Revitalisierung von Bündnissen gegen Armut. Bedingungen und Selbstverständnisse der Reklamation kommunaler Zuständigkeit für die Adressierung der Ursachen und Folgen von Armut - In: Soziale Passagen 17 (2025) 2, S. 383-404 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-355886 - DOI: 10.25656/01:35588; 10.1007/s12592-025-00572-5

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-355886>

<https://doi.org/10.25656/01:35588>

in Kooperation mit / in cooperation with:



<https://info.oe-deepgreen.de>

Nutzungsbedingungen

Dieses Dokument steht unter folgender Creative Commons-Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de> - Sie dürfen das Werk bzw. den Inhalt vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen sowie Abwandlungen und Bearbeitungen des Werkes bzw. Inhaltes anfertigen, solange Sie den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

This document is published under following Creative Commons-License: <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en> - You may copy, distribute and render this document accessible, make adaptations of this work or its contents accessible to the public as long as you attribute the work in the manner specified by the author or licensor.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft



Kommunale Armutsbekämpfung und die Revitalisierung von Bündnissen gegen Armut

Bedingungen und Selbstverständnisse der Reklamation kommunaler Zuständigkeit für die Adressierung der Ursachen und Folgen von Armut

Julian Sehmer

Eingegangen: 5. Juli 2025 / Angenommen: 25. November 2025 / Online publiziert: 8. Dezember 2025
© The Author(s) 2025

Zusammenfassung Armut bildet historisch eine zentrale Referenz für die Entwicklung der Profession Soziale Arbeit und die lokalen Strukturen der Wohlfahrtspflege. Zugleich liegen Befunde aus unterschiedlichen Bereichen vor, die aufzeigen, dass Fachkräfte Sozialer Arbeit Armut nicht (mehr) durchgängig als Problem adressieren, für deren Bearbeitung sie eine Zuständigkeit oder Expertise reklamieren können. Auch die Möglichkeiten und Instrumente kommunaler Armutspolitiken wurden in den letzten Jahrzehnten sukzessive durch Programmatiken der Aktivierung ersetzt. Gegenwärtig sind neben Kontinuitäten aber Revitalisierungsinitiativen in der wissenschaftlichen und handlungspraktischen Bearbeitung von Armut zu erkennen, die sich auch in der (Neu-)Gründung kommunaler Bündnisse gegen Armut niederschlagen. Der Beitrag diskutiert strukturelle Probleme in der Reklamation kommunaler Zuständigkeiten und stellt Schlaglichter aus der explorativen Analyse von Selbstverständnissen kommunaler Bündnisse gegen Armut vor.

Schlüsselwörter Armutspolitik · Kommunen · Sozialpolitik · Lebenslagen · Armutsprävention

✉ Prof. Dr. Julian Sehmer

Fakultät Soziale Arbeit, Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim I
Holzminden I Göttingen, Haarmannplatz 3, 37603 Holzminden, Deutschland
E-Mail: julian.sehmer@hawk.de

Communal reduction of poverty and the revitalization of alliances against poverty

Conditions and self-perceptions of the reclamation of municipal responsibilities for addressing the causes and sequelae of poverty

Abstract Historically, poverty has been a central reference point for the development of the social work profession and local welfare structures. At the same time, research from various fields indicates that social work professionals no longer consistently address poverty as a problem for which they can claim a mandate or expertise. The possibilities and instruments of municipal poverty policies have also gradually been replaced by activation programs in recent decades. At present, however, alongside continuities, revitalization initiatives can be seen in the scientific and practical treatment of poverty, which are also reflected in the (re)establishment of municipal alliances against poverty. This article discusses the opportunities and obstacles in claiming municipal responsibilities for counteracting the causes of poverty and presents findings from an exploratory analysis of the self-perceptions of municipal alliances against poverty.

Keywords Poverty policy · Local authorities · Social policy · Causes of poverty · Poverty prevention

1 Transformation von Armutspolitiken und Verantwortungsreklamation Sozialer Arbeit

Der Umgang mit Armut und die Suche nach strategischen Antworten auf die Verarmung von Bewohner*innen einzelner Dörfer, Städte und Gemeinwesen stand von Beginn an im Zentrum der sozialen Frage ab dem 19. Jahrhundert (Hinrichs-Weinhold 2024; Huster 2024). Als solche ist die Referenz auf Armut auch ganz wesentlich mit der Entwicklung der Profession Soziale Arbeit verbunden (Sachße und Tennstedt 1980; Markert und Otto 2008, S. 439). Lokale Aushandlungen zum grundsätzlichen Umgang mit Armut reichen im Kontext der Armenfürsorge aber noch deutlich weiter zurück und lassen sich über alle Epochen moderner gesellschaftlicher Entwicklungen verfolgen (Rathmayr 2014).

In einschlägigen Publikationen zur Geschichte Sozialer Arbeit wird die Entwicklung der Armenfürsorge zumeist als historischer Startpunkt gewählt (Eßer 2018, S. 15; Hammerschmidt und Tennstedt 2012; Hering und Münchmeier 2014, S. 41 ff.). In der disziplinären Geschichtsschreibung wird dabei unterstrichen, dass für den Sprung von Formen mildtätiger Hilfe zu den sich zunehmend professionalisierenden Angeboten der Vorläufer Sozialer Arbeit die gesellschaftlichen Umwälzungen der Industrialisierung verantwortlich waren. Erst mit ihnen wurden arme und bettelnde Menschen von einer scheinbar normalen Alltagserscheinung und Objekten der gottgefälligen Mildtätigkeit vor allem in den Städten des Mittelalters zu einer dringend kontrollbedürftigen Herausforderung für die Gemeinwesen (Wendt 2017). Die Wurzeln der modernen Sozialen Arbeit liegen so zwar in der Wahrnehmung existenzieller Notlagen Einzelner, aber auch wesentlich in der notwendigen Antwort

auf sich rasant ausweitende strukturelle Armutsursachen und deren gesellschaftliche Bearbeitung in konkreten Gemeinwesen.

Fragen zum Umgang mit den von Armut Betroffenen und die Suche nach Antworten auf die Ursachen und Folgen von Armut durchziehen so von Beginn an die Diskurse der Verberuflichung und Professionalisierung der Sozialen Arbeit (vgl. Salomon 1909, 1917; Arlt 1925). Studien zur Lebenssituation marginalisierter und besonders von Armut betroffener Gruppen (vgl. etwa Iben 1968) regen zudem immer wieder die Frage nach der ‚richtigen‘ Adressierung von Armut durch Angebote und Institutionen Sozialer Arbeit sowie der politischen Einmischung an (Braches-Chyrek und Süner 2020). Durchgängig lässt sich zudem eine disziplinäre Beschäftigung mit Armut in den theoretischen wie empirischen Debatten nachzeichnen (vgl. exemplarisch Chassé et al. 2010; Holz et al. 2012).

Trotz dieses historischen Ursprungs Sozialer Arbeit in der Beschäftigung mit Armut und den wissenschaftlichen Kontinuitäten in der disziplinären Adressierung scheint das gegenwärtige Verhältnis von Armutsdiskursen zur professionellen Praxis der Sozialen Arbeit wesentlich durch Ambivalenzen gekennzeichnet zu sein, und eine Zuständigkeit für Armutsursachen und -verhältnisse wird in den Fachdebatten und professionellen Praxen Sozialer Arbeit nicht (mehr) durchgängig reklamiert (Schoneville und Thole 2025). Holger Schoneville und Werner Thole (2025) kritisieren daher, dass gegenwärtig keine „ausgewiesene Expertise der Sozialen Arbeit in Sachen Armut“ mehr zu erkennen sei. Diese Kritik deckt sich teilweise auch mit Befunden empirischer Studien aus unterschiedlichen Feldern der Kinder- und Jugendhilfe, die herausarbeiten, wie Fachkräfte teilweise eher durch Pädagogisierung und die Reproduktion klassistischer Zuschreibungen auf die Wahrnehmung von Armutslagen ihrer Adressat*innen reagieren, statt eine eigene Zuständigkeit für deren Bearbeitung auszuweisen (Kessl et al. 2012; Sehmer 2025, S. 481 ff.; Simon et al. 2019; Simon 2023). Für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe scheinen Armutsursachen oftmals auch dann keinen Fokus ihrer Arbeit zu bilden, wenn sie in ihrer Tätigkeit ganz unmittelbar mit den Folgen von Armut für ihre Adressat*innen konfrontiert werden (Simon 2023). Demgegenüber steht die Armut in anderen Bereichen Sozialer Arbeit ganz deutlich im Mittelpunkt; etwa in der Schuldner*innenberatung, der Sozialberatung oder der Wohnungslosenhilfe (Schoneville und Thole 2025). Diese unterschiedliche Entwicklung von Armutsperspektiven in den Handlungsfeldern birgt die Gefahr einer Fragmentierung der armutsbezogenen Perspektiven Sozialer Arbeit.

Zugleich hat sich politisch der Fokus zunehmend von der kleinräumlichen und kommunalen Betrachtung von Armut zu einer sozialpolitischen Diskussion über die Art und Höhe von absichernden Leistungen auf Bundesebene und notwendigen Anreizen zur Aktivierung der Armutsbetroffenen verschoben (Knecht 2024). Damit sind rechtlich die kommunalen Instrumente der Sozialpolitik zugunsten der Kompetenzen des Bundes und der Länder immer weiter reduziert worden (Butterwegge 2015; Hanesch 2011). In den kommunalen Settings wird entsprechend stärker nach Antworten auf die Auswirkungen von Armut und weniger nach Strategien zur Prävention der Armutsursachen jenseits der direkten Arbeit mit den (potenziell) Armutsbetroffenen gesucht. Damit scheint moderne Armuts politik zunehmend von den

kommunalen Strukturen, in denen sich auch die Armutsbetroffenen selbst bewegen, entkoppelt.

Entgegen dieser kritischen Markierungen einer möglichen Lücke in der praktischen Bearbeitung von Armut durch Fachkräfte und Institutionen Sozialer Arbeit lassen sich in Fortführung der skizzierten Kontinuitäten in der disziplinären Adressierung von Armut gegenwärtig mehrere Initiativen erkennen, fachliche Expertisen in Bezug auf politische, pädagogische und konzeptuelle Umgangsweisen Sozialer Arbeit und Antworten auf Armutsursachen (wieder) zu stärken (Holz 2021; Kerle et al. 2024; Prigge et al. 2019) und Ansätze sozialpädagogischer Armutsforschung nicht wiederzubeleben, aber doch (wieder) zu intensivieren und zu systematisieren (exemplarisch Albus et al. 2025). Auch kommunal sind Initiativen weiter vorhanden und neu zu erkennen, kommunalpolitische Antworten auf steigende Armutsbetroffenheiten zu finden. Dafür stehen exemplarisch die kommunalen Bündnisse gegen Armut, die in einigen Kommunen auch als Reaktion auf den Anstieg der Zahl der Betroffenen von Armut (erneut) initiiert wurden. Zugleich unterstreicht die Gründung dieser Bündnisse sehr deutlich, dass eine explizite Reklamation von Zuständigkeit für die kommunale Adressierung von Armut gegenwärtig nicht der Norm entspricht und aus Sicht der kommunalen Akteur*innen ein besonderes Engagement und neue Strukturen erfordert bzw. kommunale Bündnisse es als notwendig erachten, die Kommunen zum Aufbau solcher Strukturen aufzufordern.

Im vorliegenden Beitrag sollen den Möglichkeiten der Revitalisierung der kommunalen Bearbeitung von Armut weiter nachgespürt und dabei bestehende Herausforderungen identifiziert werden. Dazu wird zunächst der ambiguitär-antinomische Charakter der kommunalen Bearbeitung von Armut herausgearbeitet und sich darüber hinaus ergebende Herausforderungen für die Reklamation kommunaler Verantwortung für die Adressierung von Armut skizziert (2). Daran anschließend werden anhand der Darstellung erster Erkenntnisse aus einer explorativen Analyse von Subjektivierungsweisen in den Selbstdarstellungen bestehender und sich neu formierender kommunaler Bündnisse gegen Armut als eine Form der Reklamation oder Einforderung kommunaler Verantwortung genauer in den Blick genommen (3) und diese in der Zusammenschau eingeordnet (4).

2 Der ambiguitär-antinomische Charakter kommunaler Armutsbekämpfung

Armut prägt als gesellschaftliches Strukturproblem grundlegend das Zusammenleben und die Lebenssituation aller Gesellschaftsmitglieder: Auf Ebene der Armutsbetroffenen geht es um das Leid, die fehlenden Möglichkeiten zur Verwirklichung eines gelungenen und selbstbestimmten Lebens einschließlich der damit etwa einhergehenden Folgen für die Gesundheit (Lampert 2011). Entscheidender für die historische Entwicklung der Sozialpolitik dürften aber die Probleme auf Ebene der Gesellschaft und insbesondere die von Armut ausgehende Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt gewesen sein. Lange prägte daher die Idee des Ausgleichs und der Prävention von Armutsrisiken die Beschäftigung mit Armut, während tatsächliche Armutsbetroffenheiten zugleich tabuisiert, verschleiert und negiert worden sind

(Butterwegge 2001, 2010; Kessl und Schoneville 2010). Dies hat sich mit der neoliberalen politischen Wende langsam verändert. Armut wird jetzt als gesellschaftliche Tatsache anerkannt und auch in medialen Diskursen als ‚Normalität‘ und weniger als ‚Skandal‘ sichtbar (Bareis und Wagner 2011, S. 11; Kessl und Schoneville 2010), die Verantwortung für deren Bearbeitung wird aber zunehmend primär bei den Betroffenen selbst verortet und damit individualisiert (Kessl et al. 2007). Armut als gesellschaftliches Strukturproblem, das wesentlich mit Mechanismen der Verteilung von Ressourcen zusammenhängt, wird durch die Individualisierung dabei verdeckt und entpolitisiert.

Mit diesem kulturellen Wandel der Armutsverständnisse und -problematisierungen haben sich politisch auch Instrumente der Armutsbearbeitung in der Sozialpolitik immer mehr von den Kommunen auf die Bundesebene verschoben. Zugleich ging dies mit einem Rückbau des Wohlfahrtsstaates zugunsten des aktivierenden Sozialstaates einher, der stärker auf bundesgesetzliche Absicherung von Risiken und weniger auf eine Förderung des Ausgleichs sozialer Ungleichheiten oder die Adressierung struktureller Ursachen setzt (Dahme und Wohlfahrt 2011, S. 40). Damit drohen Armutspolitiken zum einen abstrakt zu werden und die konkreten Ursachen sowie strukturellen Verflechtungen von subjektiven Notlagen, sozialräumlichen Beteiligungs- und Teilhabemöglichkeiten, kommunalräumlichen Ungleichheits- und Segregationsdynamiken nicht mehr erfassen zu können. Zum anderen verschiebt sich der Fokus zunehmend auf die Abmilderung und Absicherung der schlimmsten Folgen von Armut, während der Anspruch, Armut zu beseitigen, im Zuge einer neoliberalen Wende in der Bundesrepublik in den letzten Jahrzehnten sukzessive aufgegeben worden zu sein scheint (Butterwegge 2001, 2015) bzw. einer Unterscheidung legitimer und illegitimer Bedürftiger gewichen ist, die mit einem leistungsorientierten Aktivierungsparadigma einhergeht (Kessl und Schoneville 2010, S. 38). In dieser Logik wird eine umfassende soziale Sicherung eher als Hemmnis angesehen, das gesellschaftlichen Fortschritt und ökonomisches Wachstum hemme und den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand gefährde, der primär von den sogenannten Leistungsträger*innen erwirtschaftet worden sei (Schimank 2018, S. 20). Der Wohlfahrtsstaat dürfe daher keine ‚falschen Anreize‘ dafür setzen, auf individuelle Leistungen zu verzichten, weil die sozialstaatlichen Leistungen als ausreichend wahrgenommen würden (Galuske und Rietzke 2008, S. 400; Kessl und Schoneville 2010).

Kommunen haben in diesem Zusammenhang daher vor allem Maßnahmen zur Aktivierung der ‚illegitimen‘ Armen und der Administration von Leistungen der materiellen Grundsicherung an Bedeutung gewonnen respektive wurden den Kommunen durch die Sozialgesetzgebung als primäre Aufgaben zugewiesen (Stölner 2023, S. 3). Die Forderung nach Eigenverantwortung jenseits staatlicher Absicherungen und Wohlfahrtspolitiken geht dabei zudem über die (potenziell) Armutsbetroffenen hinaus und adressiert auch das ehrenamtliche Engagement zivilgesellschaftlicher Akteur*innen, die diesem Ruf bereits nachgekommen sind (Redaktion der Widersprüche 2011, S. 3). Bundesweit finden sich in vielen Kommunen mittlerweile seit vielen Jahren fest etablierte Angebote als Bereich sozialer Infrastruktur jenseits wohlfahrtstaatlicher Steuerung, die sich der Versorgung von Armutsbetroffenen widmen, die in dieser Perspektive unverschuldet in Armutslagen geraten sind:

Tafeln, Suppenküchen, Sozialkauffhäuser bilden den wachsenden Bereich der neuen Mitleidsökonomie (Kessl et al. 2021).

Angesichts dieser gesellschaftlichen Situation stehen Angebote Sozialer Arbeit sowie kommunale Initiativen und Bündnisse, die Armut explizit zu adressieren versuchen, vor erheblichen Herausforderungen und antworten bisweilen uneindeutig auf die Frage, wie und auf welchen Ebenen Armut bearbeitet werden soll. Armutsverständnisse und eigene Zuständigkeitsreklamationen bewegen sich zwischen Ansprüchen der umfassenderen Adressierung von Folgen von Armut, der anvisierten Erweiterung von Chancengleichheit trotz Armut, der Kritik neoliberaler Aktivierungspolitiken bis zum Anspruch der Bekämpfung von Armutsursachen (vgl. auch Lutz 2015). An den entsprechenden Initiativen wird so der grundsätzliche ambiguitär-antinomische Charakter der Adressierung von Armut deutlich, der auch wesentlich die Thematisierung von Armut in der Sozialen Arbeit kennzeichnet (Papaioannou 2020).

Kommunale und lokale Programmatiken und Initiativen, einschließlich sozialpädagogischer Angebote, bewegen sich in einem Spannungsfeld, das sich als unauflösbar – ambiguitär-antinomisch – beschreiben lässt, wenn sie Armut adressieren und dabei den Anspruch verfolgen, soziale Ungleichheiten abzubauen und „gesellschaftlichen Wandel“ (FBTS und DBSH 2016) zu mehr sozialer Gerechtigkeit zu fördern. Einerseits stehen sie in der Gefahr, sozialpolitisch für individualisierende Aktivierungsansätze instrumentalisiert zu werden und die bestehenden Mechanismen der Reproduktion von Armut und Reichtum lediglich zu stabilisieren. Andererseits sind die Instrumente, um die Reproduktion von Armut als grundlegendes Strukturproblem bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften zu adressieren, für sie weitgehend nicht verfügbar, weshalb sie kaum Möglichkeiten haben, die Ursachen von Armut zu bearbeiten (Braches-Chyrek und Sünker 2020, S. 13). Für Soziale Arbeit und kommunale Akteur*innen ergibt sich daraus die komplexe Anforderung, Armut als gesellschaftliches Strukturproblem zu verstehen und als solches zu adressieren, ohne Armut zu pädagogisieren und zu individualisieren, sich zugleich der Begrenzungen der eigenen Möglichkeiten bewusst zu sein und doch nicht von dem Anspruch zu lösen, Armut als grundsätzliches Problem zu kritisieren und zu skandalisieren und darüber als prinzipiell auflösbar zu thematisieren (vgl. auch Papaioannou 2020). Für den Umgang mit Armut wird daher v. a. auf das politische Mandat Sozialer Arbeit und die Unterstützung sozialer Bewegungen verwiesen sowie die Notwendigkeit unterstrichen, die begrenzten Spielräume so weit wie möglich zu nutzen (Braches-Chyrek und Sünker 2020, S. 20 ff.). Zugleich solle Soziale Arbeit wesentlich als Kritik in Bezug auf „Macht-, Herrschafts-, Ungleichheits-, Ungerechtigkeits- und undemokratische Verhältnisse“ (Papaioannou 2020, S. 31) ausgestaltet werden, um „nicht als ein Instrument der Verfestigung des neoliberalen Regimes“ (ebd.) zu agieren.

Kommunale Akteur*innen, die sich in diesem ambiguitär-antinomischen Spannungsfeld bewegen und den Versuch unternehmen wollen, Armut deutlicher in den Fokus kommunaler Verantwortung zu rücken, sehen sich darüber hinaus weiteren Herausforderungen, Spannungsfeldern und Widerständen gegenüber, die nachfolgend grob skizziert werden sollen.

2.1 Bearbeitung von Armut als Strukturproblem als diskursiver Widerspruch und Politikum

Die Gründung kommunaler Bündnisse gegen Armut zeigt zwei Dinge zugleich: (1) Gegenwärtig reklamieren wieder mehr Kommunen Verantwortung und Zuständigkeit für die Beseitigung von Armut, und (2) die Bündnisgründung markiert die Reklamation von Verantwortung für die Bekämpfung von Armut als Sonderfall, der zusätzliche Strukturen in den Kommunen erfordert, die bisher so nicht vorgehalten wurden und daher nicht nutzbar sind. Als Normalfall wird demgegenüber der Zustand markiert, dass sich Kommunen auf die Bearbeitung von Armutsfolgen konzentrieren und damit dem neoliberalen Paradigma der Adressierung der Armutsbetroffenen als Verantwortliche folgen. Dieses dominiert gegenwärtig deutlich die Armutsdiskurse (Knecht 2024).

Angesichts dieser Situation kann die Forderung, sich jetzt grundsätzlicher dem Thema Armut zu widmen und dafür eine Zuständigkeit zu beanspruchen, als diskursiver Widerspruch verstanden werden, der deutliche Überzeugungsarbeit bei den kommunalen Akteur*innen erfordert, von den bisherigen Routinen und Zuständigkeiten abzuweichen. Diesem Werben um Unterstützung stehen vielfach die diskursiven Bilder und Vorstellungen von Armutsbetroffenen ebenso entgegen, wie die Idee einer unpolitischen und stärker administrativen „Armutsverwaltung oder Armutsregulierung“ (Redaktion der Widersprüche 2011, S. 3). Sollte es tatsächlich so sein, wie Holger Schoneville und Werner Thole (2025) beschreiben, dass selbst Fachkräfte der Sozialen Arbeit keine eigene Zuständigkeit für die Adressierung von Armut erkennen, dürfte es auch bei Akteur*innen außerhalb der öffentlichen und freien Träger der Sozialen Arbeit umso schwerer sein, für diese veränderte Ausrichtung zu werben. Zumal diese, wenn sie sich von der Individualisierung von Armut distanzieren will, auch dem politisch dominanten Bild selbstverschuldeter Armut widersprechen und die gesellschaftlichen Verhältnisse als Ursache der Armutsproduktion in den Fokus rücken müssten (Dahme und Wohlfahrt 2011, S. 39)¹.

Zugleich stehen die lokalen Bündnisse in der Gefahr, sofern sie sich nicht sehr deutlich der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse und strukturellen Ursachen von Armut zuwenden, für eine weitere Individualisierung und Pädagogisierung instrumentalisiert zu werden, wenn sie das bisherige Programm der dezentralen kommunalen Aktivierung der Armutsbetroffenen unter neuem Namen fortführen (Dahme und Wohlfahrt 2011, S. 43).

¹ Demgegenüber lassen sich bisweilen deutlich verschärfte Abwertungen Armutsbetroffener in bestimmten politischen Diskursen und daraus hervorgehenden Gesetzesinitiativen erkennen. Exemplarisch lässt sich in Deutschland auf die Rückkehr zu verschärften Sanktionierungen scheinbar ‚unmotivierter‘ oder nicht ‚kooperativer‘ Armutsbetroffener im Zuge der Bürgergeld-Reform 2025 verweisen. In den USA radikalisiert sich die Abwertung marginalisierter und von Armut betroffener Gruppen unter Präsident Trump, der etwa mehrfach eine Vertreibung wohnungsloser Menschen aus der Hauptstadt Washington D.C. forderte, als Klassenpolitik von oben.

2.2 Ausschlüsse kommunaler Zugriffsmöglichkeiten und fragmentierte Zuständigkeiten

Wesentliche Bereiche, die für die Produktion von Armut und Reichtum entscheidend sind, entziehen sich den Zugriffsmöglichkeiten kommunaler Akteur*innen. So hat die Kommunalpolitik kaum Möglichkeiten, die ökonomischen Verhältnisse zu verändern, über Steuerpolitik die Umverteilung von ökonomischem Kapital anzugehen, Erbschaften einzuschränken oder grundlegend in die Produktionsverhältnisse einzugreifen (Dahme und Wohlfahrt 2011, S. 35 ff.). Die Kommunen sind hier zugleich von der Ausrichtung der Bundespolitik abhängig, als auch von örtlichen Unternehmen, deren Präsenz Steuereinnahmen und Arbeitsplätze sichert. Schnelle Veränderungen in den ökonomischen Dimensionen von Armut und Reichtum sind auf kommunaler Ebene daher nicht möglich, sofern sich die politischen Verhältnisse auf Bundesebene nicht entsprechend ändern oder Mehrheiten im Bundestag für Veränderungen organisiert werden können.

Aber auch in den Bereichen, in denen kommunal Entscheidungen getroffen werden können, sind diese zumeist über verschiedene Bereiche und Ämter verteilt (Stölner 2023, S. 6), was eine komplexe Netzbildung und die Einigung auf gemeinsame Zielsetzungen und notwendige Maßnahmen erforderlich macht. Durch die Versäulung des sozialstaatlichen Leistungssystems ergeben sich selbst bei den Diensten, die Unterstützungsleistungen zur Verfügung stellen können, fragmentierte Zuständigkeiten und dadurch jeweils sehr kleinteilige und administrativ herausfordernde Prozesse, die zu Versorgungslücken und Nicht-Inanspruchnahme notwendiger Absicherungsleistungen führen können (Meysen et al. 2024, S. 8). Für die Adressierung von Armutsursachen kommt hinzu, dass den Kommunen in den unterschiedlichen Rechtskreisen jeweils gravierend differente Gestaltungskompetenzen obliegen und historisch gewachsen unterschiedliche Akteurskonstellationen vorzufinden sind, die nicht nur die Steuerung und Planung, sondern auch die Koordination und Kooperation erheblich erschweren: „Komplexe Problemlagen, so der Konsens, können nicht durch eine segmentierte Betrachtungsweise gelöst werden, sondern erfordern integrierte Handlungs- und Versorgungskonzepte und ganzheitliche Hilfeeinrichtungen“ (Brettschneider 2019, S. 742).

Schon bei der Bearbeitung und Abmilderung von Armutsfolgen stoßen die Kommunen so auf bürokratische Hürden, die ebenfalls dafür sorgen dürften, dass sich auch die sozialen Dienste sehr ambivalent zur Reklamation von Zuständigkeit in Bezug auf Armut verhalten (Albus und Ritter 2025). Für die langfristige Bearbeitung von Armutsursachen müssten darüber hinaus auch Träger und Akteur*innen gewonnen werden, die einen eigenen Bezug auf Armut noch weniger für sich beanspruchen und nicht über soziale Dienste eingebunden sind (z. B. Stadtplanungsämter, Umwelt- und Grünflächenämter, Ordnungsämter etc.), was neben der Koordination und Steuerung zusätzliche Überzeugungs- und Übersetzungsleistungen notwendig macht (Stölner 2023, S. 6).

2.3 Kommunale Armutsbekämpfung als Projekt jenseits politischer Konjunkturen

Wenn Armut nicht individualisiert, sondern als Problem adressiert wird, das durch gesellschaftliche Verhältnisse und durch sie geformte und diese zugleich hervorbringende kulturelle, soziale und ökonomische Praxen produziert wird, bedarf es tiefgehender Transformationen auf allen Ebenen der Verursachung von Armut (Simon 2023, S. 53 ff.; Braches-Chyrek und Süner 2020). Ob Armut dann durch die Veränderung einzelner struktureller Bedingungen – etwa der sozialräumlichen Segregation, der Wohnverhältnisse und der Verfügbarkeit von günstigem Wohnraum, Zugang zu Bildung und Teilhabe, Abbau von Zugangsbarrieren zu Angeboten des Gesundheitssystems, der Kultur, Verfügbarkeit von Angeboten der Betreuung von Kindern und Beseitigung von Diskriminierung und Exklusionsmechanismen – nachhaltig bearbeitet werden kann – oder Armutsursachen nicht doch nur über tiefgreifende Veränderungen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zu bewältigen sind – wäre empirisch zu prüfen (Ariaans und Reibling 2021; Butterwegge 2010; Dahme und Wohlfahrt 2011; Hauser 2012).

Anders als die Auflage neuer Programme, die auf die Erziehung und Aktivierung ‚der‘ Armen setzen (Kessl et al. 2007) oder individuelle Maßnahmen zur Abmilderung der gravierendsten Folgen von Armut etwa für Kinder bereitstellen, wird damit deutlich, dass die Adressierung von Armut – selbst in den begrenzten kommunalen Einflussbereichen – in größeren zeitlichen Dimensionen zu denken wären. So ließe sich etwa der sukzessive Ausbau und Rückkauf von Sozialwohnungen oder der Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder und Jugendliche nur über viele Jahre verfolgen, da er langfristiger strategischer Weichenstellungen und Planungs- und Bewilligungsprozesse bedarf (Spieß 2005; Steckelberg 2023).

Die kommunalen Akteur*innen auf administrativer Ebene – etwa die Amtsleitungen – sind hierfür auf stabile politische Verhältnisse angewiesen, auch wenn sich keine kurzfristigen Erfolge für die politischen Mandatsträger*innen vorweisen lassen, die Mehrheiten der Wähler*innen sichern könnten. Die Konzentration auf die Prävention einzelner Armutsursachen, v. a. wenn sie nicht bereits kurzfristig zu schnellen Verbesserungen im Leben einer großen Mehrheit von Wähler*innen führt, kann dabei aktuell nicht als Garant für breite Zustimmung in Kommunalwahlen angesehen werden (Hauser 2012, S. 608).

2.4 Mangelnde Prognostizierbarkeit und gesellschaftliche Krisenereignisse

Da Armut ein multikausaler Problemzusammenhang ist, lässt sich die Entwicklung von Armutszahlen nur grob prognostizieren und kann durch unvorhersehbare Krisenereignisse jederzeit verschärft werden. Dazu gehörten jüngst etwa die Auswirkungen der Corona-Pandemie, gestiegene Energiepreise oder Fluchtbewegungen in Folge globaler und regionaler Kriege (Henger und Stockhausen 2022; Kohlrausch et al. 2020). Diese Ereignisse, wie auch gesamtdeutsche Schwankungen im Wirt-

schaftswachstum wirken sich auch auf die kommunalen Armutsproblematiken aus und lassen sich kaum in den kommunalen Strategien antizipieren².

Strategien müssten daher immer wieder überprüft und angepasst werden, wofür es dauerhafte Evaluationen und Neuausrichtungen bräuchte. Viele Kommunen greifen dazu bereits auf kommunale oder weiter gefasste Armuts- und Reichtumsberichte zurück oder erstellen Sozialberichte, in denen die Erfassung der (potenziell) Armutsbetroffenen etwa über Indikatoren zur Inanspruchnahme von Leistungen der materiellen Grundsicherung erfolgen (Stölner 2023, S. 4). Obwohl kommunal das Bewusstsein verbreitet ist, dass mehr Menschen potenziell armutsbetroffen sind als Leistungen in Anspruch nehmen, verzichten die Kommunen überwiegend aufgrund des Aufwands auf die Erhebung eigener, weitergehender Daten (Stölner 2023, S. 4).

Durch diese Informationsdefizite in Verbindung mit der ohnehin schwierigen Prognostizierbarkeit ist die Überprüfung der Wirksamkeit einzelner Strategien schwierig, und statistisch kann sich auch trotz wirkender Maßnahmen die Zahl der Armutsbetroffenen erhöhen.

2.5 Sparpolitiken und Kampf um Ressourcen

Angeichts angespannter Haushaltslagen und mehreren Jahren kontinuierlicher Schuldenanstiege in den Kommunen bei gleichzeitig steigender Finanzierungsbedarfe in unterschiedlichen Ressorts, kritisieren die Interessensverbände der freien Wohlfahrt deutlich Einsparmaßnahmen im sozialen Sektor (Regulin und Akgün 2025). Durch die kommunale Zuständigkeit in einzelnen Bereichen der Sozialgesetzgebung mit individuellen Rechtsansprüchen sehen viele Kommunen zugleich nur Einsparmöglichkeiten bei sogenannten freiwilligen Leistungen und Projekten, die über Rechtsansprüche hinausgehen. Dadurch sehen sich auch Bereiche wie die Kinder- und Jugendarbeit unter Druck, die nicht Einzelhilfe aufgrund von Notsituationen leisten, sondern außerschulische Bildungsangebote realisieren, die grundsätzlich allen offen stehen sollen; und dies auch, obwohl es sich bei der Kinder- und Jugendarbeit um eine kommunale Pflichtleistung handelt.

In dieser Situation scheint es besonders herausfordernd, kommunalpolitisch Verantwortliche davon zu überzeugen, in armutspräventive Maßnahmen zu investieren. Eine erweiterte Perspektive auf Armut und eine mögliche Erhebung und Analyse als notwendig erachteter Anstrengungen zur weitergehenden Adressierung von Armut drohen zudem, weitere finanzielle Bedarfe zu evozieren, und gehen daher ohne vorhergehende Zusage eines festen Finanzvolumens möglicherweise mit Vorbehalten auf unterschiedlichen Ebenen einher. Gerade bei freien Trägern der Wohlfahrtspflege könnte dies die Frage aufkommen lassen, ob eine Identifikation zusätzlicher finanzieller Bedarfe in Konkurrenz zu den eigenen Forderungen nach Erweiterung oder Sicherung der bestehenden Angebote durch die öffentlichen Träger steht (AGJ 2024).

² Laut Statistischem Bundesamt waren 2024 in Deutschland ca. 17,6 Mio. Menschen, also ca. jede*r Fünfte von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Diese Quote (20,9 %) war dabei zwischen 2021 und 2024 nur geringfügigen Schwankungen unterworfen (Destatis 2024).

Als Alternative zur Aufrechterhaltung ergänzender Angebote aus dem kommunalen Haushalt bietet sich Kommunen die immer weiter expandierende Möglichkeit, auf Strukturen der „Mitleidsökonomie“ (Kessl und Schoneville 2024) zurückzugreifen. Auch hier reproduzieren sich vielfach spezifische Stigmatisierungen der Armutsdiskurse und die Selektion in würdige und unwürdige, verschuldete und unverschuldete Arme (Kessl et al. 2021). Umso mehr besteht diese Gefahr, wenn Kommunen auf Stiftungsgelder angewiesen sind, um armutsbezogene Projekte zu realisieren, da private und wirtschaftliche Akteur*innen davon überzeugt werden müssen, Vorhaben als förderwürdig anzuerkennen. Kommunale Akteur*innen haben sich hier zudem den Förderkriterien der Stiftungen anzupassen und können so nur selektiv strategisch als notwendig erachtete Ziele verfolgen.

3 Zielformulierungen und Zuständigkeitsreklamationen aktueller kommunaler Armutsbündnisse – erste Schlaglichter einer explorativen Analyse

Die (erneute) Gründung kommunaler Bündnisse gegen Armut hat als konkrete Reaktion auf lokale Problemlagen und ansteigende Armutszahlen jeweils spezifische kommunalpolitische Kontexte. Zugleich sind diese, wie auch die skizzierten Spannungsfelder zeigen, in gesamtgesellschaftliche Diskurse um Armut, bundesweite Reformen der Sozialgesetze, aber auch die bereits benannten gesellschaftlichen Transformationsprozesse eingebunden, die über den lokalen Kontext deutlich hinausgehen. Lokal wirken sich Krisenereignisse je nach wirtschaftlicher, sozialer und öffentlicher Infrastruktur sehr unterschiedlich aus und lassen bereits zuvor bestehende Fehlentwicklungen noch deutlicher zutage treten: etwa starke Segregationsprozesse oder Wohnungsnot in urbanen Zentren, die zu steigenden Mietkosten und ansteigender Wohnungslosigkeit führen und Armut noch deutlicher ins Bewusstsein rücken (Steckelberg 2023). So wurden v. a. im Kontext der Corona-Pandemie steigende Bildungsungleichheiten und die Auswirkungen von Armut auf Kinder und Jugendliche noch einmal deutlich prominenter öffentlich diskutiert und dürften auch die Gründung der Bündnisse mit einem Schwerpunkt auf Kinder befördert haben (Andresen et al. 2020; Kohlrausch 2021; Müller et al. 2021; Schütz et al. 2020).

Zugleich ist die Idee kommunaler Bündnisse zur Bekämpfung von Armut und zur Unterstützung der von Armut Betroffenen keine neue Erscheinung. Lokal lassen sich diese mehrere Jahrzehnte zurückverfolgen und haben Strukturen herausgebildet, die teilweise weiter bestehen. Hier lässt sich etwa auf die Gründung der „Sozialpolitischen Offensive“ 1992 in Frankfurt am Main verweisen. Diese entstand als Zusammenschluss von zivilgesellschaftlichen Initiativen, Trägern der freien Wohlfahrtspflege, Kirchen und Gewerkschaften sowie dem Institut für Sozialforschung und dem Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik und etablierte eine neue Form der Armutsberichterstattung (Bartelheimer und von Freyberg 1997), die bundesweit erst mit einiger Verzögerung aufgegriffen wurde (Butterwegge 2025). Die so angestoßene neue Auseinandersetzung mit Armut und ihren lokalen Ursachen und Erscheinungsformen auch in enger Zusammenarbeit von Wissenschaft, Zivilgesellschaft und kommunaler Wohlfahrtspflege konnte neue Impulse setzen, die auch von

kommunalpolitisch Verantwortlichen aufgenommen wurde, diese aber nicht vollständig ersetzt hat (Petersen 2012). Für die (kommunale) Betrachtung von Armutsursachen und -folgen in den Armutsberichten hat sich dabei vielfach das Konzept der Lebenslagen bewährt, das Armut nicht nur als ökonomische Mangelversorgung, sondern als multidimensionales Problem des Zugangs zu gesellschaftlich relevanten Ressourcen versteht, das sich etwa auf die Bereiche Erwerbsleben, Bildung, Wohnen, Gesundheit und gesellschaftliche und politische Teilhabe auswirkt (BMAS 2021, S. 209 ff.).

Bei der Recherche kommunaler Armutsbündnisse lässt sich zunächst feststellen, dass sich diese in Bezug auf die anvisierte Zielgruppe der Armutsbetroffenen unterscheiden und damit jeweils differenten Problemanzeigen und Aufmerksamkeitsfoki innerhalb des Gesamtdiskurses um Armut folgen. Diese beziehen sich anhand der gewählten Bezeichnungen der Bündnisse z.B. auf Armut insgesamt (Heidelberg 2004³ und Wiesbaden 2023), verfolgen einen Fokus auf Kinderarmut (Hameln-Pyrmont 2013, Frankfurt 2022, Mainz 2023, Darmstadt 2024) oder stellen Altersarmut ins Zentrum (Baden-Württemberg 2017 und Kiel 2018).

Für den vorliegenden Beitrag wurden öffentlich zugängliche Dokumente und Auftritte kommunaler Bündnisse gegen Armut gesichtet und in Bezug auf die reklamierten Zuständigkeiten und Selbstverständnisse analysiert⁴. Die hier vorgestellten ersten Erkenntnisse sind aus dieser explorativen qualitativen Analyse der Bündnisse entstanden, die anhand einer digitalen Schlagwortsuche identifiziert wurden. Für die Analyse wurden dabei nur Bündnisse einbezogen, für die eigene Online-Präsenzen identifiziert werden konnten, sodass die Selbstpräsentationen der Bündnisse und nicht nur deren Rezeption durch Pressebeiträge untersucht werden konnten. Anhand der Analysen lassen sich also lediglich selektive Selbstpräsentationen und -verständnisse rekonstruieren, aber keine Aussagen über die tatsächliche Umsetzung oder die Auswirkungen der Bündnisse in den kommunalen Gemeinwesen treffen. Zudem ist davon auszugehen, dass es lokal weitere Bündnisse gibt, über die sich lediglich durch den Weg der digitalen Schlagwortsuche keine Spuren finden lassen. Untersucht wurden u.a. online verfügbare Beschreibungen, Selbstverständnisse, Positionierungen und Programme der Bündnisse. Theoretisch schließt die Untersuchung an Programmatiken der Subjektivierungsforschung (Reckwitz 2012) an, indem die Subjektivierungsweisen in Form von Selbstpräsentationen, Zuständigkeitsreklamationen und postulierten Normalitätsvorstellungen der Bündnisse in Bezug auf sich selbst, ihre Zielgruppen und als verantwortlich adressierte Dritte und ihre jeweiligen Anschlüsse an spezifische Diskurse untersucht werden (Sehmer 2025). Die präsentierten Ergebnisse sind als erste Schlaglichter aus dieser Analyse zu verstehen.

In der tieferen Betrachtung wird dabei deutlich, dass sich die gewählten Bezeichnungen der Bündnisse nicht unbedingt in eine trennscharfe Abgrenzung der betrachteten Gruppen übersetzt. Gleichwohl lassen sich differente Akzentuierungen

³ In Klammern sind die jeweiligen Gründungsjahre der Bündnisse angegeben.

⁴ Es wurden Dokumente folgender Bündnisse analysiert: Bündnis gegen Armut bei Kindern und Jugendlichen (Hameln-Pyrmont), Frankfurter Bündnis gegen Kinder- und Jugendarmut, Mainzer Bündnis Gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen, Heidelberger Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung, Grotschendreher – Kieler Bündnis gegen Altersarmut, Bündnis gegen Altersarmut Baden-Württemberg.

in den Zugängen und Annahmen über Armut dennoch erkennen, die an spezifische Subjektivierungsweisen Armutsbetroffener anschließen und Armutsdiskurse reproduzieren. So findet sich im Selbstverständnis des Bündnisses gegen Altersarmut in Baden-Württemberg etwa sehr prominent die Problematisierung ‚unverschuldeter‘ Armut trotz lebenslanger Erwerbstätigkeit und damit ein deutlicher Anschluss an Diskurse über Leistungsgerechtigkeit (Bündnis gegen Altersarmut in Baden-Württemberg 2025). Das Kieler Bündnis gegen Altersarmut schließt hingegen zentral an Diskurse um Einsamkeit im Alter an und verknüpft diese mit den Folgen von Armut für ältere Menschen (Groschendreher 2025). Demgegenüber findet sich in den Vorstellungen der Bündnisse gegen Kinderarmut die Referenz auf Kinder als vulnerable und von den Entscheidungen Erwachsener abhängige Subjekte und Anschlüsse an Diskurse um Bildungs- und Chancengerechtigkeit (Bildungsregion Hameln-Pyrmont 2025; Mainzer Bündnis Gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen 2024; Stadt Frankfurt am Main 2025a).

Noch deutlicher als anhand der gewählten primären Zielgruppen weisen die Bündnisse aber Unterschiede in Bezug auf die Darstellung der Bündnisarchitektur und die Selbstverständnisse auf, die mit teilweise sehr weit auseinandergehenden Zielsetzungen und Strategien einhergehen. Dabei lassen sich drei differente Selbstverständnisse und darüber sichtbare Positionierungen herausarbeiten: das Bündnis als ...

- ... Interessensgemeinschaft Engagierter mit und für Armutsbetroffene (I),
- ... kritisches Korrektiv kommunaler Armutspolitiken (II),
- ... Labor kommunaler Strategieentwicklung (III).

3.1 Das Bündnis als Interessensgemeinschaft Engagierter mit und für Armutsbetroffene

Einzelne Bündnisse präsentieren sich vor allem als Zusammenschluss engagierter Akteur*innen gegen Armut, für die das Bündnis zum einen als Multiplikationsinstrument und zum anderen als Sprachrohr auch für Betroffene fungiert, über das sich weitere Mitsreiter*innen für das Anliegen der Armutsbekämpfung gewinnen und Aufmerksamkeit und Sensibilität schaffen lassen. Das Bündnis nimmt in dieser Selbstdeutung primär die Rolle einer Reichweitenverstärkerin ein, die den Nöten und Herausforderungen der von Armut Betroffenen Sichtbarkeit und ihren Perspektiven Gehör verschaffen kann, sowie eines Mobilisierungsraums, der für gemeinsame Aktionen nutzbar wird. Dabei stellen die Bündnisse auch den Anspruch der Arbeit mit Armutsbetroffenen als Kontrast zu einem Sprechen über und einer Arbeit für diese in den Mittelpunkt.

Für Bündnisse dieser Art steht etwa das 2004 gegründete „Heidelberger Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung“, das in einer dezentralen Struktur unter Schirmherrschaft der Katholischen Stadtkirche Heidelberg als offener Zusammenschluss von 55 „Bündnispartnern“ existiert und über Spenden und öffentliche, zivilgesellschaftliche und wirtschaftliche Sponsoren finanziert wird (Heidelberger Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung 2019, 2021). Das Bündnis stellt vor allem die Bedeutung hierarchiefreier, partizipativer und gleichberechtigter Kooperationen von Armutsbetroffenen mit professionellen und ehrenamtlichen Akteur*innen etwa in

der Gestaltung der jährlichen Aktionswochen heraus (Heidelberger Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung 2024) und postuliert so die Möglichkeiten einer realen Utopie gesellschaftlicher Beteiligungsräume ohne armutsbezogene Exklusions- und Distinktionsmechanismen. In der Konstruktion können das Bündnis wie auch andere als Interessensgemeinschaft Engagierter mit und für Armutsbetroffene verstanden werden.

Aus diesem Verständnis werben diese Bündnisse sehr explizit für die Ausweitung des Kreises ihrer Mitglieder, da sie sich in erster Linie als Forum für das Engagement derjenigen verstehen, die eine Thematisierung von Armut ebenfalls befördern wollen und diesen Raum für eigene Aktivitäten bieten. In den dokumentierten Darstellungen lassen sich dadurch auch wechselnde Akteurskonstellationen sowie das Werben um neue Mitglieder nachvollziehen: Dies drückt sich im Falle des Kieler Bündnisses „Groschendreher“ (2025) auch durch die gewählte Form als Verein aus.

3.2 Das Bündnis als kritisches Korrektiv kommunaler Armutspolitiken

Offensiver als politische Adressierung problematischer kommunaler Umgangsweisen mit Armut präsentieren sich Bündnisse, die sich als politische Fürsprecher*innen Armutsbetroffener und Korrektiv der vorherrschenden politischen Weichenstellungen verstehen. Deutlicher setzen sie dabei auf wissenschaftlich fundierte direkte Anklagen politisch Verantwortlicher und nutzen den Duktus der Skandalisierung und Anprangerung falscher Prioritätensetzungen.

Beispielhaft hierfür steht etwa das „Mainzer Bündnis Gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen“ (2025), das von 13 Organisationen aus der Kritik an dem als unzureichend empfundenen Handeln der Stadt Mainz gegen Kinderarmut gegründet wurde. Angeprangert wird hier etwa der mangelnde Veränderungswillen trotz vorhandener Ressourcen unter dem Slogan „Kinderarmut in einer reichen Stadt“ (Mainzer Bündnis Gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen 2024). Dabei nutzt das Bündnis neben wissenschaftlichen Argumenten über die Folgen von Kinderarmut auch Zahlen zu den kommunal gestiegenen Steuereinnahmen und erhöht so auch den moralischen Druck.

Sowohl das Mainzer Bündnis als auch das Bündnis gegen Altersarmut Baden-Württemberg (2025) bestehen dabei primär aus Vertreter*innen der freien Wohlfahrtspflege und zivilgesellschaftlichen Verbänden. Im Gegensatz zu Bündnissen des ersten Typs treten die Bündnisbeteiligten hier primär als professionelle Organisationen und weniger als einzelne Engagierte auf und positionieren sich als geschlossener Kreis, der eine Stimme für die die von Armut Betroffenen erhebt. Die Armutsbetroffenen selbst werden dabei nicht als Mitglieder oder potenzielle Bündnispartner*innen, sondern stärker als Subjekte des Schutzes und der Sorge adressiert.

3.3 Das Bündnis als Labor kommunaler Strategieentwicklung

Von diesen Formen lassen sich Bündnisse unterscheiden, die sich deutlicher als kommunale Entwicklung und Koordination konkreter Strategien und Maßnahmen gegen Armut anhand der Identifikation spezifischer Faktoren für die Entstehung und

den Fortbestand von Armut in den jeweiligen Sozialräumen präsentieren. Innerhalb dieser Form unterscheiden sich das Bündnis gegen Armut bei Kindern und Jugendlichen Hameln-Pyrmont und das Frankfurter Bündnis gegen Kinder- und Jugendarmut. Beide formulieren das Ziel, konkrete Maßnahmen und Angebote zu entwickeln und umzusetzen. Während ersteres eng mit dem öffentlichen Träger kooperiert, aber frei nach Mitgliedern wirbt (Bildungsregion Hameln-Pyrmont 2025), stellt Letzteres eine kommunal verantwortete Koordination durch das Jugend- und Sozialamt Frankfurt als öffentlichen Träger ins Zentrum, der die Schnittstellen zu allen Ämtern, freien Trägern, politischen Akteur*innen, Zivilgesellschaft und Wissenschaft bedient (Stadt Frankfurt am Main 2025a).

Während die beiden anderen Bündnisformen auf das Element der Kritik zurückgreifen, präsentieren sich diese Bündnisse stärker planend mit Blick auf die Zukunft. Insbesondere das 2023 gegründete Bündnis in Frankfurt weist dabei die Bedeutung von und den Zugriff auf wissenschaftliche Instrumente der Analyse heraus und unterstreicht diesen wissenschaftlichen Anspruch etwa durch den Verweis auf konkrete Theorien (etwa auf Ungleichheitsverständnisse im Anschluss an Pierre Bourdieu). Diesen Anspruch der Vermittlung gesicherten Wissens für die strategische Planung unterstreicht das Bündnis über die Veröffentlichung umfassender Auswertungen zu Kinderarmut in Frankfurt am Main (Stadt Frankfurt am Main 2025b). Gemeinsam mit wissenschaftlichen Kooperationspartner*innen entwickelte das Frankfurter Bündnis einen eigenen Index zur Messung von Kinderarmut und stellt visualisierte Daten zu den einzelnen Stadtteilen zur Verfügung, mit dem sich unterschiedliche Armutskonzentrationen in den jeweiligen Stadtteilen nachvollziehen lassen (Abb. 1).

Die entwickelte Karte zu Kinder- und Jugendarmut bildet in der Folge auch die Grundlage für ergänzende „Lebenslagenkarten“, die Korrelationen von Armutsquoten etwa zu erhöhten Gesundheitsrisiken, beengten Wohnverhältnissen oder Betroffenheiten durch den Klimawandel in den einzelnen Stadtteilen sichtbar werden lassen. Zudem werden Profile einzelner Stadtteile präsentiert, die unterschiedlich stark von Armut betroffen sind und dadurch in ihren Besonderheiten erfasst werden sollen.

In dieser Darstellung wird Armut vor allem als analytisch zu erfassendes Problem konstruiert, das komplexe strategische Antworten erfordert. Die kommunalen Analysen werden dabei als Ergebnis der ersten Phase und als Grundlage für die Entwicklung konkreter, vernetzter und ressortübergreifender Strategien präsentiert. Die Thematisierung changiert immer wieder zwischen einer wissenschaftlichen Analyse und Aufbereitung von Daten, der Reklamation eigener Primärverantwortung der Kommune und der Betonung kooperativer Bearbeitungsweisen.

4 Vorläufige Einordnung

Die Bündnisse können als je spezifische Antworten auf die oben skizzierten Herausforderungen (Kap. 2) verstanden werden, ohne diese vollständig adressieren oder gar bearbeiten zu können. Gemeinsam ist ihnen, dass sie über ihre je unterschiedlichen Zugänge versuchen, Armut öffentlich als Problem sicht- und bearbeitbar werden zu lassen und zugleich auf unterschiedliche Weise Komplexitäten reduzieren. Mit die-

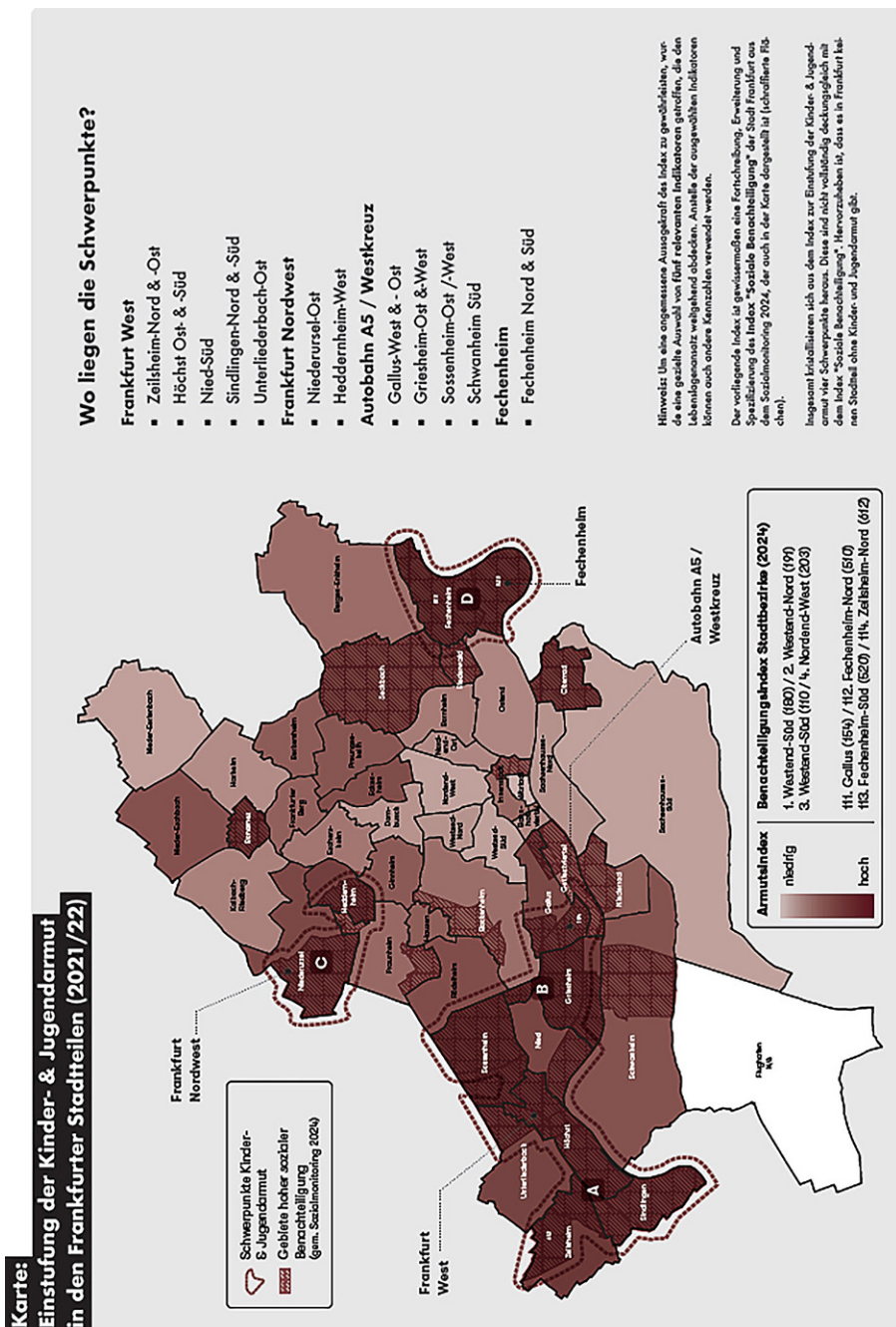


Abb. 1 Ausschnitt aus der Karte „Einstufung der Kinder- und Jugendarmut in den Frankfurter Stadtteilen“ (Stadt Frankfurt am Main 2025b)

ser Reduktion geht ein Ringen um Fragen der Zugehörigkeit und des Ausschlusses von potentiellen Bündnispartner*innen einher und es ergeben sich die genannten Konsequenzen etwa in der Vermittlung von Kernbotschaften.

Bündnisse des ersten Typs schaffen es, durch den Fokus auf die Perspektive der Betroffenen Komplexität zu reduzieren und für die Situation Armutsbetroffener zu sensibilisieren. Durch das Anliegen der Bewahrung von Offenheit drohen sie zugleich in ihren Vorschlägen unkonkret zu bleiben und sind darauf angewiesen, die Strukturen, Projekte und Prozesse immer so simpel zu halten, dass weitere Bündnismitglieder jederzeit einsteigen können. Die Bündnisse sind in ihren Einflussmöglichkeiten und Bearbeitungstiefen dadurch eingeschränkt, bewahren sich aber die Flexibilität, jederzeit aktuelle Themen und Dynamiken aufgreifen und in die Struktur einspeisen zu können. Durch die Konstruktion der Realutopie der gemeinsamen Arbeit mit Armutsbetroffenen auf Augenhöhe stellen sie diskursive Gegenräume dar, die auch Anschlussmöglichkeiten an Versuche bieten, neue Haltungen gegenüber Armut in der Breite zu etablieren (Holz 2021).

Bündnisse des zweiten Typs werden durch ihr geschlossenes Auftreten als starke Netzwerke präsentiert, die sich Gehör verschaffen und dadurch Agendasetting betreiben können. Sie sind aber, um ihre Rolle als kritisches Korrektiv bewahren zu können, auf die Übernahme ihrer Forderungen durch die politisch Verantwortlichen angewiesen, ohne diese als Mitglieder integrieren zu können. Für ihre reklamierte Funktion als Korrektiv der Verantwortlichen brauchen sie die Festlegung konkreter Forderungen und damit die konsensuale Vereindeutigung, die im Modus der Skandalisierung zugleich konkret und pointiert sein muss. Diese Strategie erfordert zugleich eine Begrenzung der Möglichkeiten von Mitgliedschaft. Die Entwicklung komplex ausgearbeiteter Strategien ist dabei auch durch die Positionierung in Opposition zu den kommunal Verantwortlichen zunächst nicht Teil des präsentierten Selbstverständnisses.

Bündnisse des letzten Typs treten am deutlichsten mit dem Anspruch der direkten Entwicklung eigener Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut auf. Sie stehen dabei aber vor der Herausforderung, die dafür notwendige Komplexität immer wieder neu vermitteln, übersetzen und einordnen zu müssen und sind darauf angewiesen, das Engagement und die Aufmerksamkeit trotz der komplexen Verflechtungen sehr lange halten und die Erwartungen immer wieder moderieren zu müssen. Das macht es v. a. für sozialwissenschaftlich weniger versierte Akteur*innen schwer, anknüpfen und sich beteiligen zu können. Zur Organisation der komplexen Strategien weisen die Bündnisse zudem am deutlichsten differenzierte und hierarchische Positionen innerhalb der Bündnisstrukturen aus und benennen Primärverantwortliche, Koordinierende und kooperierende Mitglieder. Wie im Bündnis des zweiten Typs werden auch hier die Armutsbetroffenen zwangsläufig zu Adressierten des Bündnisses, das für sie wirken soll.

Insgesamt wird in den Selbstdarstellungen der Bündnisse unabhängig von der konkreten Form der Selbstpräsentation nicht immer deutlich, auf welcher Ebene Armut bearbeitet werden soll, also etwa, ob sich die Bündnisse auch für die Prävention von Armutsursachen oder primär für die Abmilderung von Armutsfolgen interessieren, da diese überwiegend pragmatisch einzelne Maßnahmen fokussieren oder in ihrer Kritik größere Systemfragen aussparen. Dies mag auch an der kommunalen

Verortung der Bündnisse und ihrem Anspruch der konkreten Wirkung in die lokalen Gemeinwesen liegen, führt aber dazu, dass die Bündnisse nur bedingt Argumente und Anliegen liefern, Armut als strukturelles Ungleichheitsproblem zu verstehen. Die Bündnisse reproduzieren dabei einen einseitigen Fokus auf Armut ohne zugleich die gesellschaftlichen Verhältnisse und etwa Reichtum zu adressieren, der sich auch in den Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierungen widerzuspiegeln scheint (Butterwegge 2025). Eine Ausnahme bilden das Mainzer Bündnis, das mit dem Gegensatz „reiche Stadt“ und „arme Kinder“ zumindest Fragen der Verteilungsgerechtigkeit öffentlicher Mittel prominent ausweist sowie das Frankfurter Bündnis. Dieses stellt mit den Lebenslagenkarten die komplexen Verflechtungen dar, suggeriert durch den Anspruch der analysebasierten Strategieentwicklung aber zugleich eine Expertise in der Lösung des Problems und muss dafür gesellschaftliche Systemfragen ausblenden.

5 Fazit

Die Bündnisse stellen keine grundsätzliche Lösung in Bezug auf die skizzierten strukturellen und diskursiven Herausforderungen bei der Reklamation kommunaler Zuständigkeit für die nachhaltige Bekämpfung von Armut dar – was mit Verweis auf den ambiguitär-antinomischen Charakter in der Adressierung von Armut aber auch nicht zu erwarten wäre. Mit den jeweils aus den Positionierungen resultierenden Ein- und Ausschlüssen werden Komplexitäten zwar reguliert, aber zugleich Konsequenzen für die Ausblendung alternativer oder ergänzender Möglichkeiten der Armutsbearbeitung in Kauf genommen. Hoffnung versprechen die Bündnisgründungen, sofern sie lokal Wirkung erzielen, für den Befund einer Fragmentierung von Armutsbezügen in der Sozialen Arbeit. Wenn es den Bündnissen gelingt, das Thema der Adressierung von Armut (wieder) ins Zentrum professioneller Selbstverständnisse zu rücken, könnte dies möglicherweise zu einer (Re)Politisierung Sozialer Arbeit mit den von Armut Betroffenen und zu deutlichen Widerständen der Professionellen gegenüber neoliberalen Programmatiken der individualisierenden Aktivierung anregen. Zugleich könnten die Bündnisse als Versuche wirksam werden, Soziale Arbeit als kritische Praxis der öffentlichen Thematisierung und Skandalisierung von Armut (Braches-Chyrek und Sünger 2020) bzw. praktische Utopie der Kritik kapitalistischer Ungleichheitsproduktion (Papaioannou 2020) auszugestalten. Als solche könnten sie Impulse für die notwendigen Veränderungen in Bezug auf strukturelle Ursachen und Instrumente der Sozialpolitik liefern. Dass die Bündnisse dieses Ziel tatsächlich verfolgen und einlösen, lässt sich anhand des gewählten Zugangs allerdings nicht abschließend beurteilen.

Vereinzelte zeigt sich in den Bündnissen aber bereits, dass dort eigenes Wissen, eigenständige Analysen und differenzierte Strategien zu den Ursachen und Folgen von Armut sowie zum Umgang mit respektive zur Bekämpfung von Armut entwickelt werden, die das Repertoire kommunaler Handlungsmöglichkeiten ausdifferenzieren könnten. Ob dabei langfristig wirksame und auf andere Kommunen übertragbare Wege gefunden werden, Armut zu adressieren, ohne Ungleichheiten und Stigmatisierung zu reproduzieren, wäre noch weitergehend empirisch zu prüfen. Sowohl

für die kommunalen Akteur*innen als auch den wissenschaftlichen Diskurs scheint es allerdings vielversprechend, die Bündnisse tiefergehend zu untersuchen und das generierte Wissen der Akteur*innen zugänglich zu machen. Ein Impuls für die Lehre Sozialer Arbeit könnte darin bestehen, Lehrinhalte dahingehend zu prüfen, ob und wie die angehenden Fachkräfte im Studium dazu angeregt werden, sich mit Armutsdeutungen auseinanderzusetzen und das notwendige Wissen und Können auszubilden, Armut in seiner Komplexität aufzuschlüsseln und sozialpädagogisch wie politisch adressieren zu können (Prigge 2025; Seeck und Steckelberg 2025), ohne dabei die Politizität Sozialer Arbeit auszublenden (Sehmer 2025, S. 531 ff.).

Die Beforschung der Bündnisse kann, sofern die Akteur*innen in ihren Anliegen ernst genommen und ihr Wissen als eigenständig anerkannt wird, Dialoge zwischen Forscher*innen und kommunalen Akteur*innen anregen, aus denen im Sinne einer dialogischen Transformation von Wissen sowohl Impulse für die kommunalen Bündnisse als auch die disziplinären Armutsdiskurse hervorgehen können (Sehmer et al. 2019). So könnten neue Formen des Dialogs für die gemeinsame Aushandlung notwendigen Wissens, angemessener Kritik und notwendiger Veränderungen zwischen disziplinären und professionellen Akteur*innen, Betroffenenengruppen und politischen Entscheidungsträger*innen geschaffen oder bewährte Formate reaktiviert werden. Ob und wie sich darüber langfristig wirksame und tiefgreifende Veränderungen in den Mechanismen der Reproduktion von Armut als Strukturproblem der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft etablieren lassen oder ob sich diese gegenüber solchen Interventionen als starr und beharrlich erweisen, wird zunächst allerdings noch offen bleiben.

Funding Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

Open Access Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen. Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.

Literatur

- AGJ (2024). *Zukünfte junger Menschen nicht platzen lassen: Kinder- und Jugendhilfe braucht bedarfsge-rechte Finanzierung*. Berlin: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe.
- Albus, S., & Ritter, B. (2025). Wie wird Armut in sozialen Diensten bearbeitet? *Sozial Extra*, 49(2), 127–131.
- Albus, S., Hübenthal, M., Künstler, P., Ritter, B., & Schoneville, H. (2025). Zeiten der Armut. Zugangsweisen (zu) einer sozialpädagogischen Armutsforschung. In Kommission Sozialpädagogik (Hrsg.), *Sozialpädagogische*s Zeit*en* (S. 266–282). Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Andresen, S., Lips, A., Möller, R., Rusack, T., Schröer, W., Thomas, S., & Wilmes, J. (2020). *Kinder, Eltern und ihre Erfahrungen während der Corona-Pandemie*. Hildesheim: UVH – Universitätsverlag.

- Ariaans, M., & Reibling, N. (2021). Die Rolle von Gesundheit und Krankheit im deutschen Armutsdiskurs. *Zeitschrift für Sozialreform*, 67(2), 123–152.
- Arlt, I. (1925). Armutsforschung. *Deutsche Zeitschrift für Wohlfahrtspflege*, 4/1925, 145–153.
- Bareis, E., & Wagner, T. (2011). Politik mit der Armut – Eine Kritik des Europäischen Jahres 2010. *Widersprüche*, 31(119/120), 11–32.
- Bartelheimer, P., & von Freyberg, T. (1997). Neue Bündnisse in der Krise der sozialen Stadt – Das Beispiel der Sozialpolitischen Offensive Frankfurt. In W. Hanesch (Hrsg.), *Überlebt die soziale Stadt?* (S. 173–212). Wiesbaden: VS.
- Bildungsregion Hameln-Pyrmont (2025). Bündnis gegen Armut bei Kindern und Jugendlichen. <https://www.bildungsregion-hameln-pyrmont.de/portal/seiten/buendnis-gegen-armut-bei-kindern-und-jugendlichen-900000098-33800.html#:~:text=Das%20B%C3%BCndnis%20gegen%20Kinderarmut%20besch%C3%A4ftigt%20sich%20deshalb,Rote%20Kreuz%20und%20der%20Verein%20SAM%20e.V> (Erstellt: 06.2025).
- BMAS (2021). *Lebenslagen in Deutschland. Der Sechste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Berlin.
- Braches-Chyrek, R., & Sünker, H. (2020). Politik, Sozialpolitik und Soziale Arbeit. In P. Cloos, B. Lochner & H. Schoneville (Hrsg.), *Soziale Arbeit als Projekt: Konturierungen von Disziplin und Profession* (S. 13–24). Wiesbaden: Springer VS.
- Brettschneider, A. (2019). Fragmentierung und Integration – Schnittstellenprobleme und Schnittstellenmanagement im deutschen Sozialstaat. *Sozialer Fortschritt*, 68, 741–748.
- Bündnis gegen Altersarmut in Baden-Württemberg (2025). Startseite. <http://buendnis-gegen-altersarmut.de/www-buendnis-gegen-altersarmut-de/>. Zugegriffen: 30. Mai 2025.
- Butterwegge, C. (2001). *Wohlfahrtsstaat im Wandel: Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik* (3. Aufl.). Opladen: Leske + Budrich.
- Butterwegge, C. (2010). Gegen Armut und soziale Ausgrenzung. *Sozial Extra*, 34(1–2), 35–36.
- Butterwegge, C. (2015). Sozialstaatsentwicklung, Armut und Soziale Arbeit. *Sozial Extra*, 39(2), 38–41.
- Butterwegge, C. (2025). Was wissen wir über die Lebenslagen in Deutschland? *Sozial Extra*, 49(2), 132–136.
- Chassé, K. A., Zander, M., & Rasch, K. (2010). *Meine Familie ist arm*. Wiesbaden: VS.
- Dahme, H.-J., & Wohlfahrt, N. (2011). Regulierung der Armut durch bürgerschaftliche Sozialpolitik. *Widersprüche*, 31(119/120), 35–52.
- Destatis (2024). Im Jahr 2024 weiterhin ein Fünftel der Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Pressemitteilung Nr. 036 vom 29. Januar 2025. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/01/PD25_036_63.html. Zugegriffen: 19. Okt. 2025.
- Eßer, F. (2018). Fünf Jahrhunderte Geschichte: Ein kurzer Überblick. In F. Eßer (Hrsg.), *Geschichte der Sozialen Arbeit* (1. Aufl. S. 15–32). Baltmannsweiler: Schneider-Verlag Hohengehren.
- FBTS, & DBSH (2016). *Deutschsprachige Definition Sozialer Arbeit des Fachbereichstag Soziale Arbeit und DBSH*. Berlin.
- Galuske, M., & Rietzke, T. (2008). Aktivierung und Ausgrenzung – Aktivierender Sozialstaat, Hartz-Reformen und die Folgen für Soziale Arbeit und Jugendberufshilfe. In R. Anhorn, F. Bettinger & J. Stehr (Hrsg.), *Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit* (S. 399–416). Wiesbaden: VS.
- Groschendreher (2025). Homepage des Kieler Netzwerks gegen Altersarmut Groschendreher. <https://www.groschendreher.de/>. Zugegriffen: 30. Mai 2025.
- Hammerschmidt, P., & Tennstedt, F. (2012). Der Weg zur Sozialarbeit: Von der Armenpflege bis zur Konstituierung des Wohlfahrtsstaates in der Weimarer Republik. In W. Thole (Hrsg.), *Grundriss Soziale Arbeit: Ein einführendes Handbuch* (4. Aufl. S. 73–86). Wiesbaden: VS.
- Hanesch, W. (2011). Kommunale Armuts politik. In H.-J. Dahme & N. Wohlfahrt (Hrsg.), *Handbuch Kommunale Sozialpolitik* (S. 227–242). Wiesbaden: VS.
- Hauser, R. (2012). Überwindung von Armut und sozialer Ausgrenzung – eine Illusion? In E.-U. Huster, J. Boeckh & H. Mogge-Grotjahn (Hrsg.), *Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung* (S. 607–623). Wiesbaden: VS.
- Heidelberger Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung (2019). Grundsatzpapier. <https://www.das-heidelberger-buendnis.de/wp-content/uploads/2019/05/Heidelberger-B%C3%BCndnis-Grundsatzpapier-vom-3-3-2010.pdf>. Zugegriffen: 2. Juni 2025.
- Heidelberger Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung (2021). Homepage des Bündnisses. <https://www.das-heidelberger-buendnis.de/>. Zugegriffen: 1. Juni 2025.
- Heidelberger Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung (2024). Alle(s) erreicht? Programm zur Aktionswoche 2024. Heidelberg. https://www.das-heidelberger-buendnis.de/wp-content/uploads/2024/08/2024_Broschu%CC%88re-Aktionswoche.pdf. Zugegriffen: 2. Juni 2025.

- Henger, R., & Stockhausen, M. (2022). *Gefahr der Energiearmut wächst*. IW-Kurzbericht 55/2022. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft.
- Hering, S., & Münchmeier, R. (2014). *Geschichte der Sozialen Arbeit: Eine Einführung* (5. Aufl.). Weinheim: Beltz.
- Hinrichs-Weinhold, K. (2024). Die Entwicklung des Rechts der Armut zum modernen Recht der Existenzsicherung. In E.-U. Huster & J. Boeckh (Hrsg.), *Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung* (4. Aufl. S. 285–315). Wiesbaden: Springer VS.
- Holz, G. (2021). *Stärkung von Armutssensibilität: Ein Basiselement individueller und struktureller Armutsprävention für junge Menschen*. Berlin: Senatsverwaltung Berlin.
- Holz, G., Laubstein, C., & Stharmer, E. (2012). *Lebenslagen und Zukunftschancen von (armen) Kindern und Jugendlichen in Deutschland*. 15 Jahre AWO-ISS-Studie. Frankfurt a.M..
- Huster, E.-U. (2024). Von der mittelalterlichen Armenfürsorge zur sozialen Dienstleistung: Ausdifferenzierung und Integration. In E.-U. Huster & J. Boeckh (Hrsg.), *Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung* (4. Aufl. S. 81–106). Wiesbaden: Springer VS.
- Iben, G. (1968). *Kinder am Rande der Gesellschaft. Erziehungs- und Bildungshilfen in Notunterkünften*. München: Juventa.
- Kerle, A., Kessl, F., & Knecht, A. (Hrsg.). (2024). *Armutsdiskurse: Perspektiven aus Medien, Politik und Sozialer Arbeit*. Bielefeld: transcript.
- Kessl, F., & Schoneville, H. (2010). Soziale Arbeit und die Tafeln – von der Transformation der wohlfahrtsstaatlichen Armutsbekämpfung. In S. Lorenz (Hrsg.), *TafelGesellschaft* (S. 35–48). Bielefeld: transcript.
- Kessl, F., & Schoneville, H. (2024). Die neue Mitleidsökonomie als Transformation der Hilfe. In F. Kessl & H. Schoneville (Hrsg.), *Mitleidsökonomie* (S. 7–43). Beltz Juventa.
- Kessl, F., Reutlinger, C., & Ziegler, H. (2007). Erziehung zur Armut? Soziale Arbeit und die „neue Unterschicht“ – eine Einführung. In F. Kessl, C. Reutlinger & H. Ziegler (Hrsg.), *Erziehung zur Armut?* (S. 7–15). Wiesbaden: VS.
- Kessl, F., Klein, A., & Landhäußer, S. (2012). Armut und Prekarisierung von Adressatinnen Sozialer Arbeit. In W. Thole (Hrsg.), *Grundriss Soziale Arbeit: Ein einführendes Handbuch* (4. Aufl. S. 541–547). Wiesbaden: VS.
- Kessl, F., Oechler, M., & Schoneville, H. (2021). Mitleidsökonomie und soziale Ausschließung. In R. Anhorn & J. Stehr (Hrsg.), *Handbuch Soziale Ausschließung und Soziale Arbeit* (S. 739–754). Wiesbaden: Springer VS.
- Knecht, A. (2024). Diskurse zum Missbrauch von Sozialleistungen und Sozialstaatskritik. In A. Kerle, F. Kessl & A. Knecht (Hrsg.), *Armutsdiskurse: Perspektiven aus Medien, Politik und Sozialer Arbeit* (S. 67–79). Bielefeld: transcript.
- Kohlrach, B. (2021). Die Corona-Krise verschärft Bildungsungleichheit. *WSI-Mitteilungen*, 74(6), 434.
- Kohlrach, B., Zucco, A., & Hövermann, A. (2020). *Verteilungsbericht 2020. Die Einkommensungleichheit wird durch die Corona-Krise noch weiter verstärkt*. WSI Report Nr. 62. Düsseldorf: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut.
- Lampert, T. (2011). Armut und Gesundheit. In T. Schott & C. Hornberg (Hrsg.), *Die Gesellschaft und ihre Gesundheit* (S. 575–597). Wiesbaden: VS.
- Lutz, R. (2015). Kinder- und Jugendarmut: gesellschaftliche Wahrnehmungen und politische Herausforderungen. In V. Hammer & R. Lutz (Hrsg.), *Neue Wege aus der Kinder- und Jugendarmut* (S. 12–56). Weinheim Basel: Beltz Juventa.
- Mainzer Bündnis Gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen (2024). Bündnispapier. https://www.xn--gleiche-chancen-fr-kinder-mainz-4id.de/wp-content/uploads/go-x/u/44bd7c81-6b12-4266-9783-b1acac986112/Mainzer-Buendnis-Gleiche-Chancen-fuer-alle-Kinder_15.11.24_1.pdf. Zugriffen: 1. Juni 2025.
- Mainzer Bündnis Gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen (2025). Homepage des Bündnisses. <https://www.gleiche-chancen-f>. Zugriffen: 1. Juni 2025.
- Markert, A., & Otto, H.-U. (2008). Armut und soziale Arbeit. In A. Groenemeyer & S. Wieseler (Hrsg.), *Soziologie sozialer Probleme und sozialer Kontrolle*. Wiesbaden: VS.
- Meysen, T., Lohse, K., & Tölch, J. (2024). *Kommunale Armutsprävention und der Beitrag des Rechts*. Halle: Deutsches Jugendinstitut e.V..
- Müller, H., Dittmann, E., Büchel, J., & Wolf, M. (2021). *Wie Jugendämter die Auswirkungen der Corona-Pandemie einschätzen und welchen Handlungsbedarf sie sehen. Befragung der Jugendämter in Zeiten von Corona und für die Zeit danach!* Mainz: Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz (ism).

- Papaioannou, S. (2020). Soziale Arbeit zwischen Skylla und Charybdis. In P. Cloos, B. Lochner & H. Schoneville (Hrsg.), *Soziale Arbeit als Projekt: Konturierungen von Disziplin und Profession* (S. 25–36). Wiesbaden: Springer VS.
- Petersen, K. H. (2012). 20 Jahre Sozialpolitische Offensive Frankfurt am Main. Frankfurt am Main. <http://www.spo-frankfurt.de/20-jahre-sozialpolitische-offensive-frankfurt-am-main/>. Zugegriffen: 3. Juni 2025.
- Prigge, J. (2025). Professionalisierung in Armut? Eine empirische Analyse von Modulhandbüchern der Lehrer*innenbildung in der Sozialpädagogik zu den Thematisierungsweisen von Armut. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 28(3), 757–779.
- Prigge, J., Simon, S., Lochner, B., & Bastug, B. (2019). Eine armutsbewusste Haltung entwickeln. Empiriebasierte Überlegungen zu didaktischen und curricularen Anforderungen in der frühpädagogischen Ausbildung. *Pädagogischer Blick*, 27(4), 231–243.
- Rathmayr, B. (2014). *Armut und Fürsorge: Einführung in die Geschichte der sozialen Arbeit von der Antike bis zur Gegenwart*. Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich.
- Reckwitz, A. (2012). *Subjekt* (3. Aufl.). Bielefeld: transcript.
- Redaktion der Widersprüche (2011). Editorial. *Widersprüche*, 31(119/120), 3–7.
- Regulin, M., & Akgün, G. (2025). *#unkürzbar: Berlin kämpft für den sozialen Zusammenhalt*. Berlin: GEW Berlin.
- Sachße, C., & Tennstedt, F. (1980). *Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Salomon, A. (1909). Soziale Hilfsarbeit. *Blätter für soziale Arbeit*, 1(1), 2–4.
- Salomon, A. (1917). *Soziale Frauenbildung und soziale Berufsarbeit* (2. Aufl.). Leipzig, Berlin: B.G. Teubner.
- Schimank, U. (2018). Leistung und Meritokratie in der Moderne. In S. Reh & N. Ricken (Hrsg.), *Leistung als Paradigma* (S. 19–42). Wiesbaden: Springer VS.
- Schoneville, H., & Thole, W. (2025). Armut und Soziale Arbeit. *Sozial Extra*, 49(2), 106–112.
- Schütz, J., Rosenkranz, L., Akko, D. P., Hergenröder, C., & Sander, A. (2020). „Ich kann da nichts, wirklich nichts gegen machen“ – Die Verschärfung von Bildungsungerechtigkeit in der Corona-Krise aus der Perspektive von Lehrkräften an Schulen. Hagen: FernUniversität Hagen.
- Seeck, F., & Steckelberg, C. (Hrsg.). (2025). *Klassismuskritik und Soziale Arbeit. Analysen, Reflexionen und Denkanstöße*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Sehmer, J. (2025). *Sozialpädagogische Subjekt- und Adressierungspraktiken: Ein Ansatz zur Konturierung der ethisch-normativen Ordnungen sozialpädagogischer Praxen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Sehmer, J., Marks, S., & Thole, W. (2019). Wissen im Dialog. *Sozial Extra*, 43(4), 259–262.
- Simon, S. (2023). *Armut, Bildung und Soziale Ungleichheiten*. Wiesbaden: Springer VS.
- Simon, S., Prigge, J., Lochner, B., & Thole, W. (2019). Deutungen von Armut. Pädagogische Thematisierungen von und Umgangsweisen mit sozialer Ungleichheit in Kindertageseinrichtungen. *Neue Praxis*, 5(19), 395–415.
- Spieß, C. K. (2005). Die Betreuung in Kindertageseinrichtungen: Ein Ausbau ist notwendig und muss auch öffentlich finanziert werden. In C. Prechtel & D. Dettling (Hrsg.), *Für eine neue Bildungsfinanzierung* (S. 37–45). Wiesbaden: VS.
- Stadt Frankfurt am Main (2025a). Das Frankfurter Bündnis gegen Kinder- und Jugendarmut. <https://frankfurt.de/service-und-rathaus/verwaltung/aemter-und-institutionen/jugend--und-sozialamt/unsere-inhalte/armut/buendnis-gegen-kinder-und-jugendarmut>. Zugegriffen: 24. Juni 2025.
- Stadt Frankfurt am Main (2025b). Lebenslagenkarten und Stadtteilprofile. <https://frankfurt.de/service-und-rathaus/verwaltung/aemter-und-institutionen/jugend--und-sozialamt/unsere-inhalte/armut/lebenslagenkarten-und-stadtteilprofile>. Zugegriffen: 1. Juni 2025.
- Steckelberg, C. (2023). Wohnungslosigkeit und Wohnungsnotfall – eine Einführung in ein vielschichtiges soziales Problem. In D. Borstel, J. Brückmann, L. Nübold, B. Pütter & T. Sonnenberg (Hrsg.), *Handbuch Wohnungs- und Obdachlosigkeit* (S. 1–13). Wiesbaden: Springer VS.
- Stölner, R. (2023). Das Management von Armut auf kommunaler Ebene. In E.-U. Huster & J. Boeckh (Hrsg.), *Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung* (S. 1–24). Wiesbaden: Springer VS.
- Wendt, W. R. (2017). Einführung: Zur historischen Identität der Sozialen Arbeit. In W. R. Wendt (Hrsg.), *Geschichte der Sozialen Arbeit I* (S. 1–20). Wiesbaden: Springer VS.

Hinweis des Verlags Der Verlag bleibt in Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutsadressen neutral.